

Vorpommern Kurier

Anklam, Ducherow, Spantekow und die Region

Kritik an der Erhöhung der Wasserpreise

Von Mareike Klinkenberg

Ob die aktuellen Preiserhöhungen für Wasser mehr sind als marktübliche Anpassungen, bezweifeln speziell die großen Wohnungsgesellschaften der Region. Ihnen fehlt zudem eine offene Kalkulation über die Verwendung der Mehreinnahmen.

ANKLAM. In den meisten Privathaushalten der Region sind die zuletzt angekündigten Preiserhöhungen und die Abfrage der Wohneinheiten zur Umstellung der Berechnungsgrundlage für die Grundgebühren, durch den hiesigen Zweckverband für Wasserversorgung bislang mit Verwunderung aufgenommen worden, vielerorts womöglich begleitet von der Einsicht, dass schließlich alles momentan teurer wird.

Doch bei den hiesigen Wohnungsgesellschaften brodelt es in dieser Sache kräftig hinter den Kulissen. Laut Falko Jonas, dem Geschäftsführer der Wohnungsgenossenschaft Anklam (WGA) lasse man diese Vorgänge gerade rechtlich prüfen. Allein bei den beiden Großvermietern in der Hansestadt, der WGA und der Grundstücks- und Wohnungswirtschafts GmbH Anklam (GWA), würden sich die Mehreinnahmen für den Zweckverband auf 800 000 bis eine Million Euro belaufen, prognostiziert Jonas – eine Steigerung von mehr als 1000 Prozent. Zwar begründet der Zweckverband die Notwendigkeit der zusätzlichen Gelder mit einem größeren Bedarf an Mitteln. Doch die konkreten Zahlen und Kalkulationen zu genau diesem Mehrbedarf fehlen dem WGA-Geschäftsführer Jonas und er weiß sich mit dieser Meinung in einem Boot mit GWA-Chef Thomas Riemer.

Beide Wohnungsgesellschaften werden die Mehr-



Während die beiden Anklamer Großvermieter WGA und GWA gegen die Erhöhung der Wasserpreise rechtlich vorgehen wollen, weist der Geschäftsführer des Wasserzweckverbandes, Frank Strobel, jegliche Kritik von sich.

FOTO: KLINKENBERG

kosten auf die Kaltmieten ihrer Mieter umlegen müssen. „Damit nimmt man uns die Luft zum Atmen.“

Investitionen sind dann nur noch schwer möglich“, so Falko Jonas, dem es in dieser Angelegenheit auch um die soziale Gerechtigkeit geht. Durch die Veränderung der Berechnungsgrundlage auf jede einzelne Wohneinheit würde nämlich zukünftig der Mieter einer Einraumwohnung die gleiche Grundgebühr für seinen Wasseranschluss bezahlen, wie ein Hausbesitzer.

Frank Strobel, Geschäftsführer der im Auftrag des Zweckverbandes tätigen Betriebsführungsgesellschaft

JKU argumentiert auf Nordkurier-Anfrage komplett gegensätzlich und meint „dass gerade erst diese Änderung zu Preisgerechtigkeit führt, weil bis dato die Bewohner von Mehrfamilienhäusern in der Stadt nicht nur die Vorzüge der besseren Infrastruktur der Stadt, nahe Erreichbarkeit aller Einrichtungen der Stadt genießen haben, sondern auch noch die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung auf Kosten der Bewohner des Umlandes subventioniert bekommen haben.“

Die erwarteten Mehreinnahmen seien genauso groß, um aktuelle Defizite des Verbandes auszugleichen,

so Strobel weiter, macht seine Aussage jedoch nicht an konkreten Zahlen fest. Die Kritik der großen Vermieter lässt er an sich abprallen. Seiner Meinung nach hätten die Wohnungsgesellschaften bisher auf Kosten der Allgemeinheit diese finanziellen Mittel eingespart und diese Situation würde nunmehr bereinigt. Gemeinsam mit dem Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen will Falko Jonas von der WGA den Fall nun aber weiterhin prüfen lassen und im Zweifel auch ein Gericht über den Sachverhalt urteilen lassen.

Kontakt zur Autorin
m.klinkenberg@nordkurier.de